

17. November 1988

An den
Präsidenten des
Landtages NRW
Herrn Karl Josef Denzer, MdL
Haus des Landtages
Platz des Landtages 1
4000 Düsseldorf



Eing. F 1	23. NOV. 88
<input type="checkbox"/> Vorlage	
<input checked="" type="checkbox"/> Zuschrift	10/2320
<input type="checkbox"/> Information	
<input type="checkbox"/> Nachbestellung	
<input checked="" type="checkbox"/> Nachdruck	300x
<input checked="" type="checkbox"/> Verteilung an	alle Mgs. TA=3x
<input checked="" type="checkbox"/> Postfach	<input type="checkbox"/> Versand
<input type="checkbox"/> Eingangsbestätigung	durch

Betr.: Haushaltsgesetz 1989
hier: Ergänzungshaushalt

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Senat der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn hat soeben die beiliegende Stellungnahme zu den mit dem Haushalt 1989 beabsichtigten Stellenkürzungen beschlossen. Der Senat hat mich gebeten, diese Stellungnahme allen Abgeordneten des Landtages zuzuleiten. Ich erlaube mir, Ihnen in der Anlage 250 Exemplare zu übersenden und wäre Ihnen sehr dankbar, wenn das Büro des Landtages die Verteilung übernehmen könnte.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr sehr ergebener

(Professor Dr. K. Fleischhauer)

**RHEINISCHE
FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT BONN**

Im Hinblick auf die mit dem Haushalt 1989 beabsichtigten Stellenkürzungen hat der Senat der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität am 17. November 1988 einstimmig den folgenden Beschluß gefaßt:

Der Senat der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn protestiert mit Nachdruck gegen die beabsichtigten Stellenkürzungen in den "Kulturwissenschaften". Trotz mehrfacher Aussage von Frau Ministerin Brunn, auf dem Höhepunkt der Belastung keine Stellen abzuziehen, treffen die jetzt beabsichtigten Kürzungen in Bonn gerade hoch ausgelastete Fächer der Geisteswissenschaften mit einem hohen Anteil an Frauen. Der Senat stellt fest, daß die den Kürzungsmaßnahmen zugrundeliegenden Prognosen sich als falsch erwiesen haben. Den beabsichtigten Maßnahmen ist damit die Grundlage entzogen.

Die jetzt vorgesehenen Stellenkürzungen führen in den seit Jahren überbelasteten Fächern, insbesondere Germanistik, Politologie, Geschichte und Philosophie, zu einer erheblichen Verschlechterung der ohnehin schwierigen Ausbildungsbedingungen. Die Studien- und Prüfungszeiten werden sich verlängern. Die beabsichtigten Maßnahmen sind geeignet, die "Berufseinmündungsschwierigkeiten", die als Begründung für die in Bonn zusätzlich zu erbringenden Stellensabzüge genannt werden, durch schlechtere Ausbildung noch zu vergrößern. "Berufseinmündungsschwierigkeiten" gibt es nicht nur in Lehrerausbildungsfächern, sondern auch in vielen anderen Bereichen der akademischen Ausbildung. Die bewußte Inkaufnahme einer schlechteren Ausbildung von bereits jetzt eingeschriebenen Studierenden der Geisteswissenschaften ist unverantwortlich und durch nichts zu rechtfertigen.

Die beabsichtigten Maßnahmen treffen an der Universität Bonn auch den wissenschaftlichen Nachwuchs. Sie verschlechtern die Struktur mancher Fächer in unerträglicher Weise. Der Senat fordert die Landesregierung auf, den Universitäten zu helfen, den jetzigen Studentenandrang zu bewältigen.